



Es ist höchste Zeit, den Beitrag der Schweiz zur europäischen Integration, Sicherheit und Stabilität zu verstetigen und auszubauen

Das Jahr 2024 ist ein Schicksalsjahr für die Europäische Union (EU). Die Wahlen zum Europaparlament von Anfang Juni und die aus zahlreichen nationalen Wahlen resultierenden neuen Mehrheiten im Europäischen Rat stellen die EU vor enorme Herausforderungen. Die Polarisierung hat weiter zugenommen. Trotz zum Teil guter Wahlergebnisse der Sozialdemokratie und weiterer linker Parteien in verschiedenen europäischen Ländern ist das Regieren schwieriger geworden; das soziale, ökologische und demokratische Europa ist unter Druck und es droht Stillstand in einer Zeit, in der Fortschritt und Veränderung dringlicher sind denn je. Nationalistische, populistische und rechtsextreme Parteien haben in zahlreichen EU-Gründungsmitgliedstaaten an Zustimmung gewonnen. Dabei erfordern der imperialistische Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine, die fortschreitende, sich immer offensichtlicher manifestierende Klimakrise, die Schwäche des Multilateralismus, die geopolitischen Spannungen und insbesondere die politisch fragile Situation in den USA ein starkes und souveränes Europa. Verständnis, Austausch und Institutionenbildung müssten vorangetrieben werden, um Wohlstand, Sicherheit und Stabilität zu sichern.

Die SP Schweiz ist eine europäische Partei.¹ In einer globalisierten Welt der Deregulierung und des internationalen Standortwettbewerbs zu Gunsten von Grosskonzernen und Superreichen – kurz: des Kontrollverlusts – können soziale Sicherheit, Demokratie und Souveränität nur durch regionale bzw. kontinentale Integration gesichert und weiterentwickelt werden. Zahlreiche Beispiele der jüngsten Geschichte verdeutlichen dies:

- In der zurückliegenden Legislaturperiode hat die EU die nationalen Arbeitslosenversicherungen während der Covid-19-Pandemie abgesichert und den wirtschaftlichen Wiederaufbau mit Milliarden Euro unterstützt. Dies hat Hunderttausende von Arbeitsplätzen gesichert und eine rasche und erfolgreiche wirtschaftliche Erholung des Binnenmarkts ermöglicht.
- Dank einer neuen Datenschutzrichtlinie und der umfassendsten Plattformregulierung der Welt wurden die Grundrechte der Bürger:innen in Europa gestärkt und Tech-Konzerne in ihre Schranken verwiesen.
- Mit dem europäischen Green Deal hat die EU ein riesiges Investitions- und Regulierungsprogramm für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg gebracht.
- Mit der Entwaldungsrichtlinie wurde ein globaler Standard gesetzt, um wirksam gegen die Abholzung von Primärwäldern vorzugehen.

¹ Letztmals hat die SP Schweiz ihre Haltung am Basler Parteitag vom 30. Oktober 2022 mit der Verabschiedung des Strategiepapiers «Aufbruch in ein soziales und demokratisches Europa» bestätigt.

- Die europäische Lieferkettenrichtlinie und das Verbot des Imports von Produkten, die durch Zwangsarbeit hergestellt wurden, stärken Menschen- und Arbeitsrechte weltweit.
- Mit der europäischen Säule sozialer Rechte und insbesondere dem europäischen Mindestlohn hat die EU ein ganzheitliches, transnationales Instrument für bessere Löhne und faire Arbeitsbedingungen etabliert.

Keine dieser Errungenschaften hätte ein einzelnes Land des Kontinents wirksam umsetzen können. Nur durch gemeinsames Handeln entfaltet die Demokratie in Europa Einfluss in der globalisierten Wirtschaft.

Keiner dieser Erfolge wurde ohne Widerstand erreicht. Die europäische Sozialdemokratie, die Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen haben diese Fortschritte in den europäischen Institutionen mit zivilgesellschaftlichem und politischem Druck in harten Verhandlungen gegen ökonomische Partikularinteressen erkämpft. Die SP Schweiz steht auch in Zukunft fest an der Seite ihrer Schwesterparteien, die sich unter anspruchsvollen Umständen für ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa einsetzen.

Für die SP Schweiz ist aber auch klar, dass sich unser Land vermehrt in den Prozess der europäischen Einigung einbringen und Verantwortung für Sicherheit, Stabilität und sozialen Fortschritt in Europa übernehmen muss. Zahlreiche Entwicklungen in der EU betreffen uns direkt. Dass wir nicht am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligt sind, schwächt die Souveränität unseres Landes und ist einer Demokratie unwürdig. Hinzu kommt, dass die Schweiz von den europäischen Grundfreiheiten und der Stärke Europas profitiert. Es ist deshalb auch eine Frage der internationalen Solidarität, Europa etwas zurückzugeben und mitzuhelfen, die Menschenrechte sowie die demokratischen Rechtsstaaten zu stärken.

In diesen herausfordernden Zeiten fordert die SP Schweiz folgende europapolitischen Sofortmassnahmen:

- **Den raschen Abschluss der Verhandlungen zu den zukünftigen Beziehungen Schweiz-EU durch den Bundesrat:** Die SP erwartet, dass der Bundesrat die Verhandlungen über die zukünftigen Beziehungen der Schweiz zur EU zügig abschliesst und diese mit einem Paket kluger innenpolitischer Massnahmen flankiert. Es ist unerlässlich, dass die Schweiz die Beziehungen zu ihren Nachbarn vertraglich regelt und dabei ein Mitwirkungsrecht bei wichtigen Rechtsentwicklungen, die sie betrifft, erhält. Dabei muss der Bundesrat dem Schutz von Löhnen, Arbeitsbedingungen und der Grundversorgung Rechnung tragen, um sicherzustellen, dass der Wohlstandsgewinn aus dem nächsten Integrationsschritt gerecht verteilt wird.
- **Ein Ende des Schweizer Sonderwegs beim Import von Produkten, die durch die Verletzung von Menschenrechten, Umweltstandards oder Entwaldung hergestellt wurden:** Mit der Lieferketten-, der Zwangsarbeits- und der Entwaldungsrichtlinie hat die EU-Regeln gegen die Inverkehrbringung von Waren geschaffen, die unter Bedingungen hergestellt wurden, die nicht mit fundamentalen Menschenrechten oder den Pariser Klimazielen vereinbar sind. Die Schweiz als Teilnehmerin des EU-Binnenmarktes darf diese Regeln nicht unterlaufen. Der Bundesrat muss dem Parlament so rasch wie möglich Vorlagen unterbreiten, um die drei Richtlinien ins Schweizer Recht zu übernehmen.

- **Eine Kooperation im Rahmen des EU Green Deal für einen wirksamen Klimaschutz und eine Wirtschaft der Zukunft:** Die SP fordert den Bundesrat auf, eine Assoziierung am Green Deal der EU sowie eine stärkere Kooperation im Bereich industriepolitischer Massnahmen anzustreben. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft ist ein Mammutprojekt, das aber auch Chancen für den Werk- und Innovationsplatz Schweiz bietet. Und die Versorgungssicherheit für Grundgüter ist ein Sicherheits- und Wohlfandsfaktor für die Schweiz. Verliert die Schweiz die Möglichkeit, sich am Aufbau von ökologischen Produktionsstandorten und an europäischen Lieferketten zu beteiligen, läuft sie Gefahr, klimapolitisch und wirtschaftlich den Anschluss zu verlieren.
- **Die Beteiligung der Schweiz an der europäischen Sicherheitsarchitektur ausbauen:** Die SP begrüsst die Bestrebungen des Bundesrats, sich im Rahmen der Permanenten Strukturierten Kooperation der EU (PESCO) an der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beteiligen. Sicherheit und Stabilität können weder im Alleingang noch durch Militärbündnisse erreicht werden, die sich an den strategischen Interessen Washingtons orientieren oder vom autokratischen Regime in Ankara beeinflusst werden. Europa muss das System der kollektiven und kooperativen Sicherheit im Rahmen des Europarats und der OSZE stärken. Darüber hinaus muss die Schweiz einen Beitrag zu einer kohärenten Aussen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der EU leisten. Die SP fordert, dass der Bundesrat eine weitergehende Assoziierung der Schweiz an die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU anstrebt.

Die sozialen, politischen, ökologischen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Europa erfordern entschlossene und koordinierte Massnahmen. Die Schweiz, als Teil Europas, muss ihre Beziehungen zur EU rasch vertiefen und sich aktiv an der Lösung dieser Herausforderungen beteiligen. Eine Klärung der institutionellen Fragen im Rahmen der Binnenmarktabkommen und eine Sicherung der bisherigen Kooperationsprogramme sowie neu eine starke Kooperation in den Bereichen Sicherheit, Industrieentwicklung, Klimaschutz und Förderung der Menschenrechte sind unerlässlich, um den Fortschritt und den Wohlstand der Schweiz zu sichern. Zudem kann die Schweiz so zum europäischen Zusammenhalt beitragen.